

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Abbau der Wettbewerbsverzerrungen und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Bundesbahn (Bundesbahnsanierungsgesetz – BbSanG)
— Drucksachen 10/808, 10/2218 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung soll die Deutsche Bundesbahn (DB) dazu auffordern, entsprechend dem Beschluß der Verkehrsministerkonferenz vom 31. Mai 1983 mit der Verwirklichung des vereinfachten Betriebes auf Nebenstrecken der DB, auf denen langfristig SPNV betrieben werden soll, zu beginnen, d.h. im einzelnen
 - den Fahrbetrieb zu vereinfachen,
 - die Organisation des Nebenstreckenbetriebes mit dem Ziel der Kosteneinsparung zu optimieren,
 - die technischen Vorgaben für den Nebenbahnbetrieb (Signaltechnik, Weichen, Oberbau) den geringeren Anforderungen des Nebenbahnbetriebes anzupassen,
 - kostengünstigere und attraktivere Fahrzeuge einzusetzen (z.B. Beschaffung des VT 628),
 - zu prüfen, ob bestehende Parallelverkehre mit DB-Bussen bei wichtigen Verbindungen wieder auf die Schiene zurückverlagert werden können.
2. Die Bundesregierung muß, sollte es dennoch in Einzelfällen zu unvermeidbaren Streckenstillegungsanträgen kommen, den Verfahrensgang der Entscheidungen verbessern.

Insbesondere folgende Kriterien sind zu beachten:

- Grundlage eines Streckenstillegungsantrages darf nicht das aktuell auf der Strecke verbliebene Aufkommen sein.
- Der Antrag muß das im Rahmen eines regionalen Verkehrskonzeptes erreichbare Reisendenpotential ausweisen und berücksichtigen.
- Die Einzelprüfung muß dann ergeben, ob eine Stilllegung oder ein verändertes Bahnangebot im Rahmen eines regionalen Verkehrskonzeptes angebracht ist.

- Die Stellungnahmen der obersten Landesverkehrsbehörden zu Stilllegungsanträgen der DB sollten ebenfalls Alternativvorschläge für die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, der möglichen Beteiligung anderer Gebietskörperschaften und der alternativen Gestaltung des regionalen Angebots im öffentlichen Verkehr enthalten.

Bonn, den 13. Juni 1985

Dr. Vogel und Fraktion